



## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Präsidium des NationalratesDr-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

75  
Z. 75  
Datum: 15. MRZ. 1985  
Verteilt: 15. MRZ. 1985  
J. Bouvier

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

RA-ZB-1311

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 546

Datum

13.3.1985

Betreff:

Entwurf eines Rechtspflegergesetzes 1985  
Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner  
Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen  
Information.

Der Präsident:

Der Kammerantsdirektor:  
iVBeilagen





# ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

17.001/48-I/8/84 RA/Dr.Sta/1311

546

19.2.1985

## Entwurf eines Rechtspflegergesetzes 1985

Der Österreichische Arbeiterkammertag beehrt sich mitzuteilen, daß dem Entwurf eines Rechtspflegergesetzes 1985 in seinen Grundzügen zugestimmt wird.

Aus Gründen der leichteren Verständlichkeit des Gesetzestextes wird jedoch angeregt, den § 11 Abs.3 Entwurf neu zu formulieren. Aus den Erläuterungen zu dieser Bestimmung geht zwar hervor, daß der Rechtspfleger in Zukunft die Befugnis haben soll, Rechtsmittel, die gegen seine Entscheidungen erhoben werden, der Rechtsmittelinstanz selbst vorzulegen. Der reine Text des § 11 Abs.3 Entwurf bringt dies aber in dieser Klarheit nicht zum Ausdruck.

Weiters sieht der Entwurf in den §§ 15 Abs.2 Ziff.4 und 16 Abs.2 Ziff.8 lit.a eine Zuständigkeit des Richters für Verlassenschaftsabhandlungen eines staatenlosen Erblassers und für Pflegschaftssachen bezüglich staatenloser Pflegebefohlener vor. Nach der geltenden Rechtslage ist aber der Rechtspfleger dafür zuständig. Außerdem wird ersucht, die Auflösung von Kapitalgesellschaften etc. nicht in den Richtervorbehalt aufzunehmen und somit diese Bestimmung

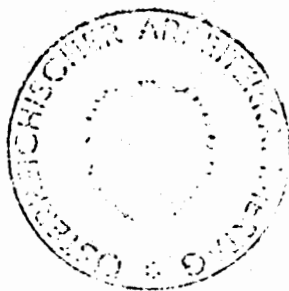
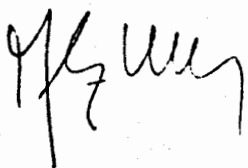
2.

aus dem Entwurf zu entfernen (§ 19 Abs.2 Ziff.2 lit.b).  
Zwingende Gründe für eine Einschränkung des Wirkungsbereiches der Rechtspfleger finden sich in den Erläuterungen zum gegenständlichen Entwurf nicht, deshalb sollten diese Kompetenzen bei den Rechtspflegern verbleiben.

Von Seiten des Österreichischen Arbeiterkammertages wird vorgeschlagen, aus Gründen der Publizität der Lehrgangstermine die Bestimmung des § 31 Abs.2 Entwurf dahingehend abzuändern, daß Ort, Zeit und Dauer der in Aussicht genommenen Lehrgänge wie bisher bei allen Gerichten und nicht nur den aufgrund einer Liste des Präsidenten des Oberlandesgerichtes für den Kurs in Betracht kommenden Rechtspflegeranwärtern selbst kundgemacht werden.

In den Übergangsbestimmungen wäre die Art und Weise der Ausbildung abzuklären, die ein bereits bestellter Rechtspfleger zu absolvieren hat, wenn er seinen Wirkungskreis um ein weiteres Arbeitsgebiet erweitern möchte. Vorgeschlagen wird eine dem § 28 des Entwurfes entsprechende Norm.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

